

Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung,
Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVII/01 SteuerA

Sitzungstermin: am Mittwoch, den 14.12.2011, 18:30 Uhr bis 20:50 Uhr

Sitzungsort: Haus für Bildung und Freizeit, Langenäcker 38

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | | |
|----|------------------|----------------------------|
| 1. | Ratsherr | Höfer, Marian ab 18.35 Uhr |
| 2. | Ratsfrau | Senft, Monika |
| 3. | Ratsvorsitzender | Steuernagel, Marc-Oliver |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | | |
|----|----------------------------|-----------------------|
| 4. | 1. stellv. Bürgermeisterin | Beckmann, Kerstin Dr. |
| 5. | Ratsherr | Bienert, Sigurd |
| 6. | Ratsherr | Messing, Peter |
| 7. | Ratsherr | Wittschurky, Thomas |

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 8. | Ratsherr | Totlis, Andreas |
| 9. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike |

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|----------------|
| 10. | Ratsfrau | Wölki, Kerstin |
|-----|----------|----------------|

Mitglieder UWG-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|------------|
| 11. | Ratsfrau | Runge, Eva |
|-----|----------|------------|

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- | | | |
|-----|------|---------------------------|
| 12. | Frau | Ganther, Fenja |
| 13. | Herr | Gaum, Wilfried |
| 14. | Frau | Hippert-Glowienka, Anette |

von der Verwaltung

- | | | |
|-----|----------------------------|----------------------------|
| 15. | Fachdienstleiter | Huschenhöfer, Michael |
| 16. | Verwaltungsbeamter | John, Roland |
| 17. | Erster Stadtrat | Lahmann, Marc |
| 18. | Fachdienstleiter | Müller, Stefan |
| 19. | Verwaltungsbeamter | Zeidler, Stefan |
| 20. | Gleichstellungsbeauftragte | Zeuschner-Barchmann, Heidi |

es fehlten entschuldigt

- | | | |
|-----|------|----------------|
| 21. | Herr | Rasser, Thomas |
|-----|------|----------------|

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Pflichtenbelehrung von beratenden nicht stimmberechtigten Mitgliedern
3. Einwohnerfragestunde
4. Erste Eröffnungsbilanz der Stadt Barsinghausen
XVII/0024
5. Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2011
XVII/0023
6. Beschluss über die Jahresrechnungen und die Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2007 und 2008
XVII/0022
7. Änderung bzw. Neufassung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung
XVII/0021
8. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO) der Stadt Barsinghausen
XVII/0026
9. Bestätigung der Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt Hannoversche Informationstechnologien HannIT
XVII/0037
10. Mitteilungen der Verwaltung
11. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Steuernagel eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass der TOP7 der Einladung „Änderung bzw. Neufassung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung“ lauten muss.

Die Tagesordnung soll im öffentlichen Teil um den TOP9 (Vorlage XVII/0037) und im nichtöffentlichen Teil um den TOP12 (Vorlage XVII/0036) ergänzt werden.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussfassung

1. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
2. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form für den öffentlichen Teil um TOP9 und für den nichtöffentlichen Teil um TOP12 ergänzt beschlossen.

2. Pflichtenbelehrung von beratenden nicht stimmberechtigten Mitgliedern

Herr Lahmann führt die Pflichtenbelehrung von beratenden nicht stimmberechtigten Mitgliedern durch.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Steuernagel erklärt die neue Form der Einwohnerfragestunde.

Es werden keine Fragen von den anwesenden Einwohnern gestellt.

4. Erste Eröffnungsbilanz der Stadt Barsinghausen

Vorlage: XVII/0024

Herr Lahmann führt in den TOP ein und erklärt die Notwendigkeit der Aufstellung der ersten Eröffnungsbilanz. Er lobt ausdrücklich den Bereich Finanzen für die geleistete Arbeit und bedankt sich beim RPA für die reibungslose Zusammenarbeit.

Frau Runge lobt ebenfalls die gute Arbeit und bedankt sich für die gute Aufbereitung der Eröffnungsbilanz.

Herr Müller weist darauf hin, dass in der Bilanzposition „privatrechtliche Forderungen“ ein Betrag doppelt erfasst wurde und sich die Bilanzsumme entsprechend um 17.057,10 EUR vermindert. Anschließend präsentiert er umfangreich den Inhalt der Eröffnungsbilanz.

Herr Bienert fragt, ob Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen gebildet worden sind. Herr Müller antwortet, dass Nettowerte bilanziert wurden. Die unterlassene Instandhaltung sei also im Anlagenwert berücksichtigt worden.

Herr Bienert fragt zusätzlich, ob es einen umfassenden Investitionsplan für alle Straßen und Gebäude gibt, um Rückstellungsstau abzubauen. Herr Lahmann sagt, dass ein solcher Investitionsplan nicht vorhanden ist. Es gibt nur eine Zustandsbeschreibung der bilanzierten Anlagen.

Herr Steuernagel liest die Beschlussempfehlung mit geänderter Bilanzsumme vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung

Die Erste Eröffnungsbilanz der Stadt Barsinghausen zum 1. Januar 2011 mit einer Bilanzsumme i.H.v. 187.155.340,70 EUR wird beschlossen.

5. Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2011
Vorlage: XVII/0023

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

6. Beschluss über die Jahresrechnungen und die Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2007 und 2008
Vorlage: XVII/0022

Es werden zu diesem TOP keine Fragen der anwesenden Einwohner gestellt.

Herr Messing zitiert fünf Kritikpunkte an die Verwaltungsleitung aus dem vorliegenden Prüfbericht. Herr Lahmann weist die Kritik zurück und liest die Schlussbemerkung der Vorlage vor.

Frau Dr. Beckmann meint, dass für sie erneut die Kernaussage sei, die strategische Steuerung und Planung sei nicht in Ordnung, wie auch schon im Bericht der NKPA. Sie moniert, dass sich die Probleme offensichtlich fortsetzen und erwartet trotz der geringen Personaldecke Lösungsvorschläge. Sie fügt hinzu, dass es hinsichtlich der Gebühren Missstände gibt. Vor allem die Kalkulationen der Friedhofsgebühren und der Straßenreinigungsgebühr müsse dringend aktualisiert bzw. fertig gestellt werden. Zuletzt kritisiert sie die Haushaltswirtschaft während der vorläufigen Haushaltsführung und den Umgang mit Haushaltssperren.

Herr Lahmann antwortet hinsichtlich der Straßenreinigungsgebühr, dass die erste Berechnung aufgrund von Schlechtleistung der beauftragten Firma nicht haltbar war und jetzt neu berechnet werde. Bezüglich der Friedhofsgebühr sagt er, dass eine speziell dafür ausgeschriebene Stelle nicht besetzt werden konnte.

Herr Lahmann ergänzt, dass die sonstigen Kritikpunkte z.T. bereits in der Umsetzung sind. Insbesondere der Umgang mit Haushaltssperren habe sich seit den geprüften Jahren geändert.

Herr Wittschurky findet die Kritik bei der Vielzahl an Problemen sehr milde formuliert. Herr John entgegnet, dass es diese Art der Verstöße schon seit langem gibt und diese sich wiederholen.

Frau Westphal sagt, die Verwaltungsleitung müsse diese Missstände beheben, vor allem, wenn diese schon lange existieren. Sie fragt, wie der Stand zu den Prüfberichten 2009 und 2010 ist. Sie regt an, die Prüfberichte möglichst zeitnah vorzulegen.

Herr Lahmann betont nochmals, dass die Umsetzung diverser Kritikpunkte bereits angegangen worden sei, die Prüfberichte stammen immerhin aus den Jahren 2007 und 2008. Herr John sagt, die späte Vorlage der Prüfberichte liege an verspäteter Abgabe der Rechenschaftsberichte, was wiederum an Personalknappheit im Finanzbereich liegt. Er fügt hinzu, dass die Prüfberichte derzeit in Bearbeitung sind und er sich bemühen werde diese kurzfristig vorzulegen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Jahresrechnungen für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 werden beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 die Entlastung erteilt.

7. Änderung bzw. Neufassung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung **Vorlage: XVII/0021**

Herr Richter fragt, ob die Gebühr tatsächlich rückwirkend erhoben werden soll. Herr Lahmann bejaht dies und sagt, dass die abschließende Berechnung im Frühjahr 2012 vorliegen soll, so dass bei erstmaliger Veranlagung die Gebühr für drei Jahre gezahlt werden müsse. Dies gelte für die Grundstücke, die damals schon im Straßenverzeichnis zum Winterdienst waren.

Frau Dr. Beckmann merkt an, dass die durch die Winterdienstfahrzeuge nicht befahrbaren Straßen und Wege vom Winterdienst ausgenommen und folglich ohne Winterdienst seien. Herr Lahmann antwortet, dass die Übernahme des Winterdienstes nur für die Fahrbahn erfolgt ist, die Wege gehören weiterhin in die Verantwortlichkeit der Anlieger.

Herr Höfer sagt, die CDU-Fraktion lehne die Änderung ab. Er sieht eine Ungerechtigkeit gegenüber den Dörfern und gibt zu Bedenken, dass die SPD mit diesen Änderungen ihr Wahlversprechen breche.

Frau Glowienka kritisiert die Kurzfristigkeit der Vorlage. Sie fragt, wie die Prioritäten für den Winterdienst festgelegt werden. Sie möchte außerdem wissen, ob trotz unterschiedlicher Prioritäten jeder die gleiche Gebühr zahlen müsse.

Herr Lahmann antwortet, dass sich die Priorität nach der Reinigungspflicht der Stadt richtet. Die Zahlung der Gebühr werde aber gleich verteilt, es handele sich um eine Gebühr für alle.

Frau Dr. Beckmann fragt, ob Hinweise an den Straßen angebracht werden können, bei denen kein bzw. eingeschränkter Winterdienst durchgeführt wird.

Herr Lahmann sagt, dass die Hinweisaufstellung rechtlich nur die Stadt erfolgen könne. Die Umsetzung soll geprüft werden.

Frau Westphal meldet aufgrund der sehr kurzfristig vorgelegten Beschlussvorlage Beratungsbedarf an. Sie möchte den TOP vertagen. Frau Wölki schließt sich dem an.

Herr Lahmann sagt, er könne diese Haltung verstehen. Er weist aber darauf hin, dass im Falle einer Vertagung die letzte vom Rat beschlossene Satzung veröffentlicht werden müsse. Die Umsetzung könne nur mit erheblichem Personalaufwand erfolgen und wäre dementsprechend sehr teuer.

Frau Dr. Beckmann beantragt eine Sitzungsunterbrechung von fünf Minuten.

Herr Messing stellt anschließend den Antrag, den TOP als behandelt zu erklären.

Über den Antrag von Frau Westphal, den TOP in den nächsten Ausschuss zu verschieben, wird wie folgt abgestimmt:

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 6 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: abgelehnt

Über den Antrag von Herrn Messing wird wie folgt abgestimmt:

Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 4 Stimmenthaltungen: 1
Beratungsergebnis: zugestimmt

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 4 Stimmenthaltungen: 1
Beratungsergebnis: behandelt

1. Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Straßenreinigungsverordnung. Mit der Veröffentlichung tritt die vom Rat am 03.06.2010 beschlossene Satzung außer Kraft.
2. Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Straßenreinigungssatzung einschließlich des Straßenverzeichnisses. Mit der Veröffentlichung tritt die vom Rat am 03.06.2010 beschlossene Satzung außer Kraft.
3. Der Rat nimmt die als Anlage beigefügte Prioritätenliste für die Durchführung des Winterdienstes zur Kenntnis.

8. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO) der Stadt Barsinghausen Vorlage: XVII/0026

Herr John sagt, der Grund für die Änderung sei das seit dem 01.11.2011 gültige Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG). Mit der Änderung gibt es nur geringfügige Änderungen zur bisherigen Prüfungsordnung.

Mit Blick auf den künftigen Wegfall einer Prüferstelle im RPA werde die Wertgrenze bei der Visa-Kontrolle von vorher 3.000 EUR auf nunmehr 5.000 EUR erhöht.

Herr Bienert gibt zu Bedenken, dass durch das Neue Kommunale Rechnungswesen der Prüfumfang steigen und der Wegfall einer Prüferstelle zu Problemen führen könnte. Er sagt, man müsse die Veränderungen im Prüfumfang bedenken.

Herr John antwortet, dass die Prüfung zwar umfangreicher werde und die Prüfung sich daher auf die wesentlichen Inhalte beschränken müsse. Die genauen Veränderungen seien aktuell nicht vorhersehbar.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO) der Stadt Barsinghausen wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

9. Bestätigung der Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt Hannoversche Informationstechnologien HannIT
Vorlage: XVII/0037

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die in der Anlage zu dieser Beschlussvorlage aufgeführten Personen werden als Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt Hannoversche Informationstechnologien HannIT bestätigt.

10. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Lahmann gibt den aktuellen Terminplan und das geplante Verfahren für das Haushaltssicherungskonzept bekannt.

Frau Dr. Beckmann sagt, das Verfahren zum Haushaltssicherungskonzept müsse auch dem Bürger zugänglich gemacht werden. Sie schlägt vor, einen Hinweis auf die Homepage zu setzen. Herr Lahmann sagt, dass am 21.12.2011 vor der Ratssitzung eine Pressekonferenz durchgeführt wird, die die Presse für das Thema sensibilisieren soll.

Herr Müller weist auf die positive Entwicklung bei den Steuererträgen hin. Er sagt, die Planansätze der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer seien erreicht worden. Die Erträge aus dem Anteil aus der Einkommenssteuer, der von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist, sind um 740.000 EUR höher als geplant ausgefallen, der Anteil an der Umsatzsteuer um 25.000 EUR. Der Stand der Vergnügungssteuer ist mit 500.000 EUR so hoch wie noch nie in Barsinghausen und auch die Schlüsselzuweisungen vom Land liegen 250.000 EUR über den Planansatz. Davon müssen allerdings 100.000 EUR für das Jahr 2012 zurückgestellt werden.

11. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Es gibt keine Anfragen und Anregungen an die Verwaltung.

Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 20:50 Uhr geschlossen.

Marc-Oliver Steuernagel
Ausschussvorsitz

Marc Lahmann
Erster Stadtrat

Stefan Zeidler
Protokollführung